



Kreis Rendsburg-Eckernförde
Der Landrat

Niederschrift

Sitzung des Kreistages Rendsburg-Eckernförde (Sondersitzung)

Sitzungstermin: Montag, 13.03.2023

Sitzungsbeginn: 17:18 Uhr

Sitzungsende: 20:22 Uhr

Raum, Ort: Kreis Rendsburg-Eckernförde, Kaiserstraße 8, 24768 Rendsburg,
Kreistagssitzungssaal

Anwesend

Vorsitz

Dr. Juliane Rumpf

stellvertretende Kreistagspräsidenten

Gerrit van den Toren

Gudrun Rempe

Tina Schuster

Mitglieder

Torben Ackermann

Tim Albrecht

Karola Blunck

Lukas Felix Bremer

Manfred Christiansen

Hans Cordts

Kerstin Dreja

Eike Fandrey

Holger Gränert

Martin Harders

Thomas Kahle

Ralf Kaufmann

Rixa Kleinschmit

Sabine Mues

Beate Nielsen

Ulrike Rammer

Christian Schlömer
Dirk Schülldorf
Thorsten Schulz
Volker Stiefel
Reimer Tank
Peter Thordsen
Guido Wendt
Norbert Wilkens
Renate Brunkert
Bernhard Fleischer
Anke Göttisch
Gustav Otto Jonas
Jens Kolls
Tatjana Larsen
Hans-Jörg Lüth
Frank Petzold
Michael Rohwer
Katja Seifert
Peter Skowron
Dr. Ina Walenda
Dominik Wieckhorst
Dirk Behrens
Dr. Johann Brunkhorst
Ulrike Khuen-Rauter
Hauke Kruse
Klaus Langer
Armin Rösener
Lukas Strathmann
Dr. Christine von Milczewski
Kirsten Zülsdorff
Janis Daas
Henry Petteri Deising
Alexander Wachs
Dr. Michael Schunck
Susanne Storch
Dr. Andreas Höpken
Dr. Reinhard Jentzsch
Anissa Heinrichs
Maximilian Reimers
Sven-Michael Chilla
Thorsten Uhrbrock

ab 18.00 Uhr TOP 4.2

Politik

Carina Hennecke

SPD-Kreistagsfraktion
Christopher Andresen

Verwaltung

Dr. Rolf-Oliver Schwemer

Dr. Martin Kruse

Nina Fiedler

Thomas Voerste

Stephan Ott

Thomas Stüber

ab 18.30 Uhr

Carsten Ludwig

Julian Detmer

Hendrik Jürgensen

Matthias Kruse

Silvia Kempe-Waedt

bis 17.20 Uhr

Christiane Ostermeyer

Malthe Riksted

Lauritz Bilski

Oliver Fölz

Sabine Groeper

Micha Mark Knierim

Katrin Abendroth

Sylvana Beck

Christina Mönke

Jörn Klatt

Manuela Dr. Freitag

Michael Schramm

Dennys Bornhöft

Dennis Staack

Wienke Dau

Petra Dittmer

Uwe Hofmann

Matthias Rueß

Gäste

Uwe Hartwig

Keine Teilnehmergruppe

Paula Politiker

Abwesend

Verwaltung

Personalrat

abwesend

Gäste:

Markus Funk, Geschäftsführer imland gGmbH

Michael Kiens, Geschäftsführer imland gGmbH

Herr Denkhau (digital)

Herr Dr. Eckert (digital)

Herr Dr. Heitmann (digital)

Herr Dr. Endemann

Frau Albrecht

Frau Hingst

Herr Stöcken, Kiel

Herr Dr. Ventzke, Geschäftsführer des SKK

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Begrüßung und Festlegung der Tagesordnung
2. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner
3. Anfragen nach § 26 Geschäftsordnung des Kreistages
4. 1. Nachtragshaushalt 2023
- 4.1. 1. Nachtragshaushalt 2023 VO/2023/087
- 4.2. Fraktionsantrag von Bündnis 90/die Grünen VO/2023/093
5. Beteiligungsverwaltung
- 5.1. imland gGmbH
- 5.1.1. Einräumung von Erbbaurechten - aktualisierter Vertragsentwurf VO/2023/062-01
- 5.1.2. Entwurf einer Absichtserklärung. VO/2023/078
- . Fraktionsantrag von SPD, Bündnis 90/die Grünen und WGK: Absichtserklärung Gründung einer gemeinsamen Klinikgesellschaft VO/2023/098
- . Absichtserklärung zur Beteiligung an einer regionalen Klinikgesellschaft
- 5.1.3. Ablauf einer Verschmelzung VO/2023/071
- 5.1.4. Abschluss einer Vereinbarung über die wirtschaftliche Zuordnung der Klinikgebäude VO/2023/073
- 5.1.5. Anwaltliche Stellungnahme - Grundsatz der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit bei Fortführung der imland gGmbH in kommunaler Trägerschaft VO/2023/089
- 5.1.6. Sanierungsoption „Fortführung der imland gGmbH in kommunaler Trägerschaft“ - Möglichkeit der Schaffung eines Liquiditätspolsters durch Einbringung der Klinikgrundstücke in die imland gGmbH VO/2023/092
- . Fraktionsantrag von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und WGK: Fortführung der imland gGmbH in kommunaler Trägerschaft - Schaffung eines Liquiditätspolsters VO/2023/099

- | | |
|---|----------------|
| 5.1.7. Kurzugutachten zum medizinischen Konzept in der Absichtserklärung zwischen dem Kreis Rendsburg-Eckernförde und der Landeshauptstadt Kiel | VO/2023/088-01 |
| 5.1.8. Vorstellung des Sanierungskonzeptes für die imland gGmbH - Ergänzung: Brückenlösung Eckernförde | VO/2023/108 |

Die folgenden Tagesordnungspunkte werden voraussichtlich nicht öffentlich beraten:

- 6. Beteiligungsverwaltung
 - 6.1. imland gGmbH
 - 6.1.1. Kurzugutachten zum medizinischen Konzept in der Absichtserklärung zwischen dem Kreis Rendsburg-Eckernförde und der Landeshauptstadt Kiel VO/2023/088
 - 6.1.2. Übersicht der Gesellschafterbeiträge in den verschiedenen Szenarien VO/2023/102
 - 6.1.3. imland gGmbH - Sachstand

Protokoll

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung, Begrüßung und Festlegung der Tagesordnung

Die Vorsitzende, Frau Dr. Rumpf, eröffnet die Sondersitzung des Kreistages und begrüßt alle Anwesenden im Raum, digital und beim Streaming.

Herr Konstantinos Wensierski hat sein Mandat als Kreistagsabgeordneter zurückgegeben. Frau Dr. Rumpf dankt Herrn Wensierski für seine engagierte Mitarbeit. Frau Ulrike Rammer wird als neue Kreistagsabgeordnete verpflichtet und in ihr Amt eingeführt.

Einwendungen gegen Form und Frist der Ladung werden nicht erhoben. Die Vorsitzende stellt die Beschlussfähigkeit fest und bittet um Beachtung der Hinweise zur digitalen Sitzungsteilnahme für die Teilnehmenden per Lifesize.

Die Einladung mit Tagesordnung wurde am 23.02.2023 fristgerecht versandt.

- *In der Ursprungseinladung war der TOP 5 Beteiligungsverwaltung imland in Gänze nichtöffentlich geplant. Größtenteils wurden die Punkte in den öffentlichen Teil verschoben und sind weiterhin unter TOP 5 zu finden. Eine Vorlage VO/2023/088 muss aufgrund vertraglicher Verpflichtungen weiterhin nichtöffentlich beraten werden und findet sich im nichtöffentlichen Teil unter TOP 6.*
- *Die Bezeichnung der Tagesordnungspunkte in der nachfolgenden Aufzählung bezieht sich auf den aktuellen Stand der Tagesordnung.*
- *Nachversande wurden wie folgt verschickt:
Nachversand 1 am 27.02.2023 zum TOP 5.1.5.
Nachversand 2 am 28.02.2023 zum TOP 6.1.1
Nachversand 3 am 01.03.2023 zum TOP 5.1.1
Nachversand 4 am 01.03.2023 zum TOP 5.1.6
Nachversand 5 am 03.03.2023 zum TOP 4.1
Nachversand 6 am 03.03.2023 zum TOP 4.2
Nachversand 7 am 06.03.2023 zum TOP 5.1.7
Nachversand 8 am 07.03.2023 zu den TOPs 5.1.2 und 5.1.6 mit den Vorlagen VO/2023/098 und VO/2023/099
Nachversand 9 am 09.03.2023 zum TOP 6.1.2 mit der VO/2023/102
Die Unterlagen der imland gGmbH, die im Hauptausschuss verteilt wurden, wurden am 13.03.2023 per Mail nachversandt.*

Der Tagesordnungspunkt 5.1.4 wird von der Verwaltung zurückgezogen.

Weitere Änderungs- oder Ergänzungsanträge werden nicht gestellt, der Kreistag stimmt der Tagesordnung zu.

Das Protokoll führt Frau Ostermeyer.

zu 2 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner

Herr Lars Kübock aus Vogelsang-Grünholz, fragt zur Versorgungsbedarfsanalyse aus dem November 2021, wie einzelne Aussagen hieraus beurteilt würden.

1. Auf Seite 39 sei die Rede von 155 Betten die bis zum Jahr 2030 in Eckernförde notwendig seien.
2. Auf Seite 70 würde davon gesprochen werden, dass der Wegfall des Standortes Eckernförde nicht durch den Standort Rendsburg kompensiert werden könne.
3. Wo bzw. wie sollen die ca. 12.500 Fälle der ZMA behandelt werden?
4. Wo bzw. wie sollen die ca. 4.500 Fälle der BGA-Fälle behandelt werden?
5. Wo sollen die ca. 140 – 160 Patienten behandelt werden, wenn man doch wisse, dass mehrmals pro Woche Patienten aus Kiel und Rendsburg wegen dortiger Unterkapazitäten nach Eckernförde gebracht werden würden?
6. Ob sich der Kreis als Eigentümer überlegt habe, ob das Weiterbetreiben der teuren Abteilung in Rendsburg und das Degradieren der Klinik in Eckernförde zur Poliklinik systemisch die beste ökonomische Alternative unter ganzheitlichen Gesichtspunkten sei?
7. Welche EU-Finanzierungstöpfe oder -quellen seien angezapft oder in Betracht gezogen worden, um die Standorte in Rendsburg oder Eckernförde überlebensfähig zu machen? Einige Finanzierungsmöglichkeiten werden beispielhaft aufgeführt. In der Presse sei hierzu nichts berichtet worden.
8. Wie wolle man den Patienten, der Bevölkerung und den Mitarbeitenden erklären, dass die Krankenversorgung im Raum Rendsburg-Eckernförde ab dem 01. April 2023 gesichert sei? Er fragt, ob es eine Road Map gebe?

Die Brückenlösung, wie sie von der Geschäftsführung vorgeschlagen sei, empfinde er als Mogelpackung, da weder eine 24/7 ZNA noch eine Chirurgie, die von ihm für die Versorgung des Raumes Eckernförde als notwendig angesehen werde, vorgesehen sei.

Die ersten drei Fragen zur Versorgungsbedarfsanalyse werden von *Herr Dr. Heitmann* von der Fa. Curacon beantwortet.

Das Fallvolumen habe sich seit der Versorgungsbedarfsanalyse nach unten entwickelt und auf dem Niveau stabilisiert. Einige Stationen würden in Rendsburg aufgrund von Personalmangel nicht mehr betrieben werden, daher ergeben sich für ein Bündelungsszenario Kapazitäten. Dies sei gerechnet und geprüft und stünde so auch im aktuellen Sanierungsplan.

Zur zweiten Frage, dem ambulanten Patientenvolumen, erläutert Herr Dr. Heitmann, dass im Jahr 2022 in Eckernförde 14.361 Notfälle gewesen seien. Davon seien 21% also rund 3.800 Fälle stationär aufgenommen worden. Hiervon wiederum seien rund 2.700 Fälle internistisch, 900 Fälle im Gelenkzentrum und 186 Fälle allgemeinchirurgisch. Der Rest der Fälle seien ambulante Fälle unterschiedlicher Art. Das seien dann 10.500 Fälle, die einer ambulanten Versorgung zugeführt worden seien. Das seien genau die Fälle, für die die Brückenlösung in Eckernförde im Sanierungskonzept vorgesehen sei.

Darüber hinaus erläutert Herr Dr. Heitmann, dass es mitnichten so sei, dass die Patienten nicht mehr behandelt werden würden, sondern je nach Bündelung sei

vorgesehen, die Menschen in Eckernförde oder eben in Rendsburg zu behandeln. Des Weiteren gelte für jeden Patienten die freie Krankenhauswahl und man könne sich z.B. in Kiel oder Schleswig behandeln lassen.

Zu den weiteren Fragen verweist die Vorsitzende auf die ausstehenden Entscheidungen und weitere Beratung zu den Fragestellungen. Daher könne sie zum jetzigen Zeitpunkt keine Antworten im Namen des Kreistages hierzu abgeben.

Herr Horst Kunze aus Eckernförde, stellt folgende Fragen:

1. Wie hoch sei die Kreisumlage im Kreis Rendsburg-Eckernförde und befinde sie sich im unteren, mittleren oder oberen Drittel im Vergleich der Kreisumlagen in Schleswig-Holstein?
2. Frage an die Kreispolitiker: Ob sie stationäre Krankenhausversorgung und Gesundheitsversorgung als Daseinsfürsorge, die im öffentlichen Bereich bleiben solle, ansehe oder werde es als Teil des Gewinnstrebens nach dem Motto Gesundheit sei Ware, die dann eben auch profitabel sein solle, betrachtet?
3. Es wundere ihn sehr, er habe es heute in der Zeitung gelesen, dass es nun schon wieder ein neues Gutachten gebe, das punktgenau vor den Sitzungen erscheine. Wie das passiere?

Die Vorsitzende, Frau Dr. Rumpf beantwortet die Fragen.

Zu 1.: Die Kreisumlage betrage 29% und liege im unteren Drittel.

Zu 2.: Die stationäre Versorgung werde als Daseinsfürsorge betrachtet.

Zu 3.: Die Gutachten würden so schnell wie möglich erarbeitet und vorgelegt. Sie unterstelle niemandem, dass Gutachten vorsätzlich zurückgehalten werden würden.

Herr Kunze stellt eine weitere Frage, er sehe in der Brückenlösung keine 24/7 Versorgung in Eckernförde.

Herr Kiens, Geschäftsführung imland gGmbH, antwortet darauf wie folgt: Die Aussage beziehe sich auf die chirurgische Notfallversorgung in Eckernförde. Diese sei im Landeskrankenhausplan nicht vorgesehen.

zu 3 Anfragen nach § 26 Geschäftsordnung des Kreistages

Es liegen keine Anfragen vor.

zu 4 1. Nachtragshaushalt 2023

Die Unterpunkte zum 1. Nachtragshaushalt 2023 werden gemeinsam aufgerufen. Der Vorsitzende des Hauptausschusses, Thorsten Schulz, berichtet aus der Sitzung vom 10. März 2023.

Er ruft die Kreistagssitzung im Februar 2022 in Erinnerung, bei der es ein Votum für ein Szenario für den Fortbestand der imland-Kliniken an beiden Standorten gegeben habe, welches die Aussicht hatte, die imland in eine positive Zukunft zu führen. Das daran anschließende Bürgerbegehren habe in einen Bürgerentscheid gemündet, der mit 2/3 Mehrheit für eine Aufrechterhaltung der Grund- und Regelversorgung an beiden Standorten votiert hätte. Eine daraufhin beantragte Änderung im Landeskrankenhausplan sei vom Gesundheitsministerium im Dezember 2022 abgelehnt worden.

Unabhängig davon sei beim Aufstellen des Wirtschaftsplanes 2023 der imland gGmbH klar geworden, dass der imland in absehbarer Zeit die Zahlungsunfähigkeit drohe. Nach einer Änderung der Berechnungsgrundlagen für die Feststellung einer Zahlungsunfähigkeit sah sich die Klinik gezwungen, eine Insolvenz in Eigenverantwortung zu beantragen.

Seit dem habe sich der Hauptausschuss in zahlreichen Sitzungen eingehend mit den insolvenzrechtlichen Themen, den Möglichkeiten der Fortführung der Klinik in kommunaler Trägerschaft und dem Angebot des Städtischen Krankenhauses Kiel beschäftigt. Verschiedenste Gutachten, Stellungnahmen und Vermerke seien bei den Überlegungen berücksichtigt worden, ebenso wie verschiedene Lösungsansätze zur Fortführung der Kliniken in kommunaler Trägerschaft, die von der Geschäftsführung ausgearbeitet worden seien. Gehe man von einer Bündelung der Leistungen in Rendsburg aus, ohne die Klinik in Eckernförde weiter zu betreiben, würde ein Betrag von 54,7 Mio. € seitens des Kreises geleistet werden müssen. Gehe man von einer Brückenlösung (temporärer Weiterbetrieb der Klinik Eckernförde, bis auf Bundesebene eine Entscheidung zur künftigen Kliniklandschaft erfolgt sei) aus, würde man bis 2025 eine Summe von 64,8 Mio. € aufbringen müssen. 91,9 Mio. € seien aufzubringen, würde das sogenannte Szenario 5 mit einer Fachklinik in Eckernförde umgesetzt werden. Hinzu käme bei allen Beträgen die Summe, die für die Gläubigerbefriedigung aufzubringen sei, was nach aktuellem Stand eine Summe von 25 – 50 Mio. € wäre.

Für die Trägerschaft in kommunaler Hand mit der Brückenlösung müsse folglich mit 105 Mio. € gerechnet werden, wovon der größte Anteil im Haushalt 2023 zu veranschlagen sei. Daher habe man sich im vergangenen Hauptausschuss mit dem 1. Nachtragshaushalt 2023 beschäftigt, wie es auch heute im Kreistag auf der Tagesordnung stehe. Der Hauptausschussvorsitzende ruft die Zahlen aus der Verwaltungsvorlage unter 4.1 auf. Er weist darauf hin, dass die Zahlen auf einem Stand von vor vier Wochen beruhen würden und es sei davon auszugehen, dass die Zahlen auch mit einem heutigen Beschluss schon wieder Makulatur sein würden. Der Hauptausschuss am 10.03.2023 habe dem Antrag wie unter 4.2 vorgeschlagen nicht zugestimmt.

zu 4.1 1. Nachtragshaushalt 2023

VO/2023/087

zu 4.2 Fraktionsantrag von Bündnis 90/die Grünen

VO/2023/093

Die Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/ Die Grünen, Frau Dr. von Milczewski, begründet den Antrag.

Es folgt eine lebhafte, differenzierte und kontroverse Diskussion zwischen allen Fraktionen.

Es wird namentliche Abstimmung beantragt. Weit mehr als 1/5 der Kreistagsabgeordneten stimmen einer namentlichen Abstimmung zu.

Beschluss:

Der Kreistag beschließt den 1. Nachtragshaushalt 2023 entsprechend den Angaben in der Mitteilungsvorlage VO/2023/087 und dem anhängenden Haushaltsentwurf 2023.

Abstimmungsergebnis:

| Ja-Stimmen | Nein-Stimmen | Enthaltungen |
|------------|--------------|--------------|
| 29 | 30 | 2 |

Die namentliche Abstimmung ist dem Protokoll beigefügt.
Der Antrag ist abgelehnt.

Anlage 1 2023-03-13 KT namentliche Abstimmung

zu 5 Beteiligungsverwaltung

zu 5.1 imland gGmbH

zu 5.1.1 Einräumung von Erbbaurechten - aktualisierter Ver- **VO/2023/062-01**
tragsentwurf

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 5.1.2 Entwurf einer Absichtserklärung. **VO/2023/078**

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu Fraktionsantrag von SPD, Bündnis 90/die Grünen und **VO/2023/098**
WGK: Absichtserklärung Gründung einer gemeinsa-
men Klinikgesellschaft

Herr Dr. Brunckhorst, Fraktionsmitglied Bündnis 90 / Die Grünen, stellt den Fraktionsantrag vor.

Es folgt eine lebhafte Diskussion über den richtigen Weg zu einer möglichen Fusion. Herr Stöcken, Stadtrat für Soziales, Wohnen, Gesundheit und Sport der Landeshauptstadt Kiel, berichtet, dass der Hauptausschuss der Landeshauptstadt beschlossenen habe, ein Fusionsangebot abzugeben. Es brauche nun ein Signal aus dem Kreistag, dass auch der Kreis eine Fusion mit dem SKK anstrebe.

Der Fraktionsantrag wird zurückgezogen.

Die Sitzung wird für 10 Minuten zur innerfraktionellen Abstimmung unterbrochen.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag am 13. März 2023 beschließt, dass die Verwaltung die im Entwurf vorliegende Absichtserklärung über die Gründung einer gemeinsamen Klinikgesellschaft zwischen dem Kreis Rendsburg-Eckernförde und der Landeshauptstadt Kiel unterzeichnet mit der Maßgabe, dass es in § 6 zum Zeitplan heißt, dass die Parteien eine schnellstmögliche Verschmelzung der Städtischen Krankenhaus Kiel GmbH und der Imland gGmbH nach Aufhebung des Insolvenzverfahrens anstreben. Das genaue Datum der Fusion wird im Zuge der erforderlichen Prüfungen (due diligence, Fusionskontrolle etc.) und nach Feinabstimmung eines zwischen beiden Kliniken erarbeiteten medizinischen Konzepts festgelegt.

zu Absichtserklärung zur Beteiligung an einer regionalen Klinikgesellschaft

Interfraktionell wird sich auf folgenden Beschlussvorschlag geeinigt.

Beschluss:

Der Kreistag beabsichtigt, sich im Falle eines Erwerbs der imland gGmbH durch das SKK als Minderheitsgesellschafter an einer regionalen Klinikgesellschaft RD-Eck und Kiel zu beteiligen.

Abstimmungsergebnis:

| Ja-Stimmen | Nein-Stimmen | Enthaltungen |
|------------|--------------|--------------|
| 60 | 1 | 0 |

**zu Ablauf einer Verschmelzung
5.1.3**

VO/2023/071

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

**zu Abschluss einer Vereinbarung über die wirtschaftliche
5.1.4 Zuordnung der Klinikgebäude**

VO/2023/073

Der Tagesordnungspunkt wird von der Verwaltung zurückgezogen.

**zu Anwaltliche Stellungnahme - Grundsatz der Wirtschaft-
5.1.5 lichkeit und Sparsamkeit bei Fortführung der imland
gGmbH in kommunaler Trägerschaft**

VO/2023/089

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 5.1.6 Sanierungsoption „Fortführung der imland gGmbH in kommunaler Trägerschaft“ - Möglichkeit der Schaffung eines Liquiditätspolsters durch Einbringung der Klinikgrundstücke in die imland gGmbH

VO/2023/092

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu Fraktionsantrag von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und WGK: Fortführung der imland gGmbH in kommunaler Trägerschaft - Schaffung eines Liquiditätspolsters

VO/2023/099

Die Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90 / Die Grünen, Frau Dr. von Milczewski, begründet den Antrag.

Der Hauptausschussvorsitzende, Thorsten Schulz, berichtet aus dem Hauptausschuss über die dort abgegebene Empfehlung und verliest den im Hauptausschuss abgestimmten, leicht geänderten Beschlusstext.

Beschluss:

Der Kreistag beschließt, für den Fall, dass die stationäre Krankenhausversorgung im Kreis in kommunaler Trägerschaft fortgeführt wird, die Verwaltung zu ermächtigen, sämtliche Maßnahmen vorzunehmen und Erklärungen abzugeben, damit die derzeit im Eigentum des Kreises Rendsburg-Eckernförde stehenden und der Imland gGmbH zur Nutzung überlassenen Grundstücke als Sicherheiten für eine Finanzierung der Imland gGmbH genutzt werden können; insbesondere die betreffenden Grundstücke - gegen Gewährung oder ohne Gewährung von Gesellschafterrechten - in die Imland gGmbH als Stammeinlage einzubringen, d.h. an die Imland gGmbH zu übertragen.

Abstimmungsergebnis:

| Ja-Stimmen | Nein-Stimmen | Enthaltungen |
|------------|--------------|--------------|
| 60 | 1 | 0 |

zu 5.1.7 Kurzgutachten zum medizinischen Konzept in der Absichtserklärung zwischen dem Kreis Rendsburg-Eckernförde und der Landeshauptstadt Kiel

VO/2023/088-01

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 5.1.8 Vorstellung des Sanierungskonzeptes für die imland gGmbH - Ergänzung: Brückenlösung Eckernförde

VO/2023/108

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

Dr. Juliane Rumpf
Vorsitz

Christiane Ostermeyer
Protokollführung